

Nuklearkrieg heute?

Zunächst: Ein Kernwaffenkrieg ist immer möglich, solange es diese alles auslöschenden Massenvernichtungsmittel gibt – als bewusst befohlener Kernwaffenerstschlag (der heute von der Gegenseite sofort mit einem Antwortschlag beantwortet würde), als Folge eines technischen Versagens, als Unfall oder als Folge einer Fehlinterpretation. Seit 1945 gibt es für all diese Fälle bedenkliche Erfahrungen.

Einen entscheidenden Lernprozess kann die Menschheit bis heute aber verzeichnen. Glaubte Kanzler Adenauer noch an eine einfache Weiterentwicklung der Artillerie und fordernten US-Militärs in der Kubakrise 1962 noch Kernwaffenschläge gegen Kuba, so änderte sich dies. Den zunehmenden Erkenntnissen über die verheerenden Folgen eines Kernwaffenkrieges konnten sich die Militärs, insbesondere aber die politischen Entscheidungsträger, immer weniger auch deshalb entziehen, weil die Sowjetunion die Kernwaffenvorrüstung des Westens zunehmend relativierte. Die damit erreichte Parität führte zum Vertrag über die Einschränkung der Raketenabwehrsysteme und dem Zeitweiligen Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Waffen (SALT I) von 1972.

Am 21. November 1985 stellten der sowjetische Parteichef Gorbatschow und USA-Präsident Reagan fest, „dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“.¹ Am 3. Januar 2022 wiederhol-

ten die fünf Veto- und gleichzeitig *offiziellen* Nuklearmächte in einer verbindlichen Erklärung im UNO-Sicherheitsrat diese fundamentale Einsicht wortgleich.² Dafür gab es gute Gründe. Z.B. hatte die damalige Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in einem Interview am 20. Oktober 2021, also vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine, mit Blick auf die NATO-Strategie erklärt: „Wir müssen Russland gegenüber sehr deutlich machen, dass wir am Ende ... bereit sind, auch solche Mittel (Nuklearwaffen – L.S.) einzusetzen...“⁴

Seit dem 24. Februar ist immer wieder die Rede von gegenseitigen Atomkriegsdrohungen. Gegen entsprechende Vorwürfe an die Adresse Russlands und öffentlichen Diskussionen über einen möglichen Einsatz solcher Waffen erklärte Präsident Putin am 21. September 2022: „Sollte die territoriale Integrität unseres Landes bedroht werden, werden wir nicht zögern, zur Verteidigung Russlands und unseres Volkes alle Mittel einzusetzen, die uns zur Verfügung stehen. Dies ist kein Bluff.“³

1985. - <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/joint-soviet-untied-states-statement-the-summit-meeting-geneva>.

² Siehe UN-Vetomächte warnen vor Einsatz von Atomwaffen. 4. Januar 2022 - <https://unric.org/de/atomwaffen04012022/>.

⁴ Siehe Annegret Kramp-Karrenbauer: „Russland ist eine große Herausforderung geworden“. In: DLF Interview 21.10.2021, 07:15 - https://www.deutschlandfunk.de/nato-strategie-kramp-karrenbauer-cdu-russland-ist-eine.694.de.html?dram:article_id=504531

³ Dokumentiert: „Das ist kein Bluff“. Die Putin-Rede zur Teilmobilmachung im Wortlaut. In: junge Welt, Berlin, 23. September 2022, S. 3.

¹ Siehe Joint Soviet-United States Statement on the Summit Meeting in Geneva November 21,

Die wenig später abgegebene Erklärung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj vom 6. Oktober 2022, die NATO müsse „die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland ausschließen. Wichtig ist aber, dass es Präventivschläge (der NATO – L.S.) sind, damit sie wissen, was ihnen blüht, wenn sie sie anwenden“, wurde auch im Westen als Atomkriegsdrohung interpretiert.⁵

Jedes Szenario, Russland erwäge, im Krieg mit der NATO/Ukraine taktische (also kleine) Kernwaffen einzusetzen, ist gegenstandslos und Teil des Propagandakriegs. Wenn man von der, bei Fehlen einer akuten Existenzbedrohung von außen, glaubwürdigen grundsätzlichen Ablehnung eines Kernwaffeneinsatzes durch Russland absieht, was im Vordergrund steht, aus drei Gründen:

- die Verwendung taktischer Kernwaffen in einem begrenzten Krieg ist militärisch unsinnig, weil schon diese „kleinkalibrigen“ Waffen zu schwersten Zerstörungen und großflächigen radioaktiven Verseuchungen führen würden;

- ihre Verwendung (auch nur als „Demonstration“ über kaum bewohntem Gebiet), hätte sofort eine Reaktion der NATO durch (wie angekündigt) verheerende konventionelle Angriffe mit dem Ziel der Vernichtung der russischen Streitkräfte zu Folge, was zu einer massiven nuklearen Antwort Russlands führen und den al-

les vernichtenden Nuklearkrieg auslösen würde;

- Russland ist der Ukraine trotz jüngster Rückschläge militärisch immer noch überlegen. Lange nicht ist auf das verfügbare Potenzial und alle Möglichkeiten der Kriegführung zurückgegriffen worden.

Jede/r sollte sich darüber im Klaren sein, dass ein Krieg der NATO gegen Russland sofort den die Zivilisation auf der Erde vernichtenden therm nuklearen Weltkrieg entfesseln würde. Denn im Kern verfolgt Russland eine Militärstrategie, wie sie die NATO bis Anfang der 1960er Jahre besaß: Angesichts der überwältigenden konventionellen militärischen Überlegenheit des Warschauer Vertrages sah sie bei Kriegsbeginn den sofortigen massiven Kernwaffenschlag vor. Heute ist der Nordatlantikblock konventionell gegenüber Russland übermächtig. Konsequenz: Siehe oben. Es bleibt dabei, was unumstößlich ist: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Das wissen auch die realistischen Kreise im Westen, weshalb sie eine direkte militärische Konfrontation mit Russland unbedingt vermeiden wollen.

Lothar Schröter

„Wertebasierte Außenpolitik“

Es waren teure Gastgeschenke, die Bundeskanzler Olaf Scholz im Gepäck hatte: Ende September, kurz vor seiner Betteltour nach umweltschädlichen Alternativen zu russischer Energie in den Golfdiktaturen Saudi-Arabien, Katar und Vereinigte Arabische Emirate (VAE) genehmigte der

⁵ Siehe Selenskyjs Präventivschlagforderung sorgt für Irritationen. In: FAZ online 07.10.2022-05:19 - <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/selenskyj-nato-muss-russischen-atomwaffeneinsatz-verhindern-18369222.html>.

geheim tagende Bundessicherheitsrat den Export von Ausrüstungsteilen und Munition für den Eurofighter im Wert von 36,1 Millionen Euro an Riad. Die VAE erhalten Ersatzteile des deutschen Herstellers „Kapo Opto Electronics“ für 1,3 Millionen. Diese braucht Abu Dhabi für seine seit 2015 im Krieg gegen den Jemen eingesetzten Tankflieger. Der Krieg hat bereits über 400.000 Todesopfer gefordert.

Die Bundesregierung, die für sich beansprucht, eine „wertebasierte“ Außenpolitik zu betreiben und wie ihre Vorgängerin behauptet, „keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten [zu erteilen], solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“,¹ führt die Politik der großen Koalition nahtlos fort. Denn die Merkel-Regierung hatte beim 2018 gegen Riad verhängten Exportstopp, den deutsche Rüstungskonzerne über Tochterfirmen im Ausland ohnehin von Anfang an umgingen, nachträglich ein Schlupfloch eingebaut: nicht betroffen sind gemeinsame europäische Rüstungsprojekte, um die es auch bei der aktuellen Genehmigung der Ampelkoalition geht.

Allein der Anlass des seinen Namen nie verdienenden „Embargos“ war eine Farce: zwar stellte die nach Überzeugung der CIA und der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin Agnès Callamard vom Kronprinzen selbst befohlene Ermordung, Zerstückelung und „Entsorgung“ des Exiljournalisten Dschamal Chaschuqdschi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul zweifellos ein grausames Verbrechen

dar. Zu diesem Zeitpunkt tobte der Jemenkrieg allerdings – nachweislich unter Einsatz deutscher Waffen – bereits seit über drei Jahren. Die Blockade des schon vor dem Krieg zu 90 Prozent auf Nahrungsmittel- und Medikamentenimporte angewiesenen Landes war seit 2016 in Kraft. Beides wäre ohne die erheblichen Rüstungsexporte nicht möglich, denn die an der Kriegscoalition beteiligten Staaten verfügen selbst über keine relevanten Rüstungsindustrien.

Heute sind 24 von 30 Millionen Jemeniten auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aber die von der „internationalen“ Gemeinschaft bereitgestellten Mittel bleiben zunehmend aus. Nicht einmal die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen ist mehr in Betrieb. Der Jemen, so das UN-Entwicklungsprogramm UNDP, wurde durch den Krieg in seiner Entwicklung um ein Vierteljahrhundert zurückgeworfen. Und in Folge der weltweiten Nahrungsmittelkrise werden noch mehr Menschen in dem schon vor dem Krieg bitterarmen Land verhungern oder an vermeidbaren bzw. nicht behandelten Krankheiten sterben. Sie werden geopfert auf dem „Altar“ der Geopolitik, obwohl der Jemenkrieg für die Golfstaaten – und westlichen Industrienationen – längst verloren ist.

Bereits in der Antike ein wichtiges Handelszentrum spielt der Jemen heute vor allem aufgrund seiner strategisch bedeutsamen Lage eine wichtige Rolle: Die Bab al-Mandab-Meerenge, die den Golf von Aden und damit das Arabische Meer und den Indischen Ozean mit dem Roten Meer sowie über den Suezkanal mit dem Mittelmeer verbindet, wäre die einzige Ausweichmöglichkeit für den Trans-

¹ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf; S.116.

port von Erdöl, sollte der Iran die Straße von Hormus sperren. Den Ansarollah („Huthis“) – die zwar entgegen anderslautender Behauptungen nicht vom Iran abhängig sind, sich aber für eine unabhängige Entwicklung des Jemen einsetzen, nachdem das Land jahrzehntlang als „Hinterhof“ Riads galt – will man dieses Nadelöhr auf keinen Fall überlassen. Aber sie kontrollieren seit 2014 den Norden des Landes inklusive der Hauptstadt Sanaa, treffen mit ihren Drohnen und Raketen inzwischen ins Herz Saudi-Arabiens und der VAE und genießen bis heute breite Unterstützung unter der Bevölkerung. Jahrzehntlang unterdrückt und diskriminiert, hatte sich aus der dem schiitischen Islam zugerechneten Religionsgemeinschaft der Zaiditen, der im Jemen mindestens 40 Prozent der Bevölkerung und auch die Ansarollah angehören, schon 2004 eine Widerstandsbewegung entwickelt. Diese erstarkte nach dem Sturz von Langzeitherrscher Ali Abdullah Salih – auch weil sich ihr große Teile der Armee anschlossen. Nachdem der demokratisch zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr legitimierte Riad-hörige „Präsident“ Abed Rabbo Mansur Hadi 2014 vor den vorrückenden Ansarollah nach Saudi-Arabien geflohen war, begann die damals aus neun Mitgliedern² bestehende Koalition im März 2015, den Jemen zu bombardieren. Dabei wurde sie logistisch, militärisch und nachrichtendienstlich von

den USA und Großbritannien unterstützt und mit Rüstungsgütern auch aus Deutschland ausgestattet.

Noch nicht einmal das Urteil einer von den Vereinten Nationen eingesetzten Expertenkommission, Staaten, die Rüstungsgüter an die Koalition exportieren, könnten wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, scheint deutsche Regierungspolitik zu beeindrucken. Dies gilt erst recht, wenn es – so die PR-Abteilung der Bundesregierung anlässlich der Kanzlerreise – um „Energiesicherheit“ und die Erschließung „vielfältiger Quellen“ geht. Anders als mit Blick auf Moskau müssen da Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsverstöße schon einmal in den Hintergrund rücken.

Vor dem Frieren schützen wird uns der schändliche Kotau des Kanzlers allerdings nicht: Man werde bestehende Verträge mit Südkorea, Japan, Indien und China nicht für Lieferungen nach Europa über Bord werfen, so der Präsident der Qatar Energy Company nur wenige Wochen nach dem Kanzler-Besuch. Das Golfemirat, das weltweit größter Exporteur von Flüssiggas (LNG) ist, hatte Scholz schon vor Ort zu verstehen gegeben, nur an langfristigen Verträgen zu den derzeitigen Rekordpreisen interessiert zu sein. Auch die in den VAE geschlossenen Vereinbarungen sind allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein: den 137.000 Kubikmeter LNG-Gas, die – zunächst einmalig – per Schiff geliefert werden sollen, stehen 167 Millionen Kubikmeter Erdgas entgegen, die vor dem 24. Februar – täglich – durch Nord Stream 1 geströmt sind.

Wiebke Diehl

² Im März 2015 gehörten der Militärkoalition Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain, Katar (2017 ausgetreten), Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko (2019 ausgetreten) und Sudan an. Im Mai 2015 kam Senegal hinzu.

Lula gewinnt, aber der Bolsonarismus bleibt

Das war knapp – mit nur 50,9 Prozent der Stimmen ist Luiz Inácio Lula da Silva in der Stichwahl gegen Amtsinhaber Jair Bolsonaro hauchdünn zum Präsidenten gewählt worden. Noch nie war es so eng: Nur 1,6 Millionen Stimmen trennten die Kontrahenten. Am Ende kann Lula dem Nordosten danken. Sein Stimmenvorsprung dort reichte, um sich als Sieger über die Ziellinie zu schleppen. In allen anderen Regionen lag Bolsonaro vorne. Im Süden sogar sehr deutlich mit teilweise 70 Prozent der Wählerstimmen. Nichtsdestotrotz wird Lula am 1. Januar 2023 die dritte Amtszeit als Staatschef antreten – erstmals in der Geschichte Brasiliens.

Für die Amazonasregion, für Brasilien und den Rest der Welt bedeutet dieses Votum: Aufatmen. Aufatmen deshalb, weil Jair Bolsonaro keine zweite Amtszeit bekommt, sein zerstörerisches Werk an Gesellschaft, Staat und Umwelt fortzusetzen. Demokratische Kräfte haben gesiegt. Das ist die gute Nachricht – auch wenn wiederum gut 30 Millionen sich mit keinem der beiden anfreunden konnten.

Die schlechte Nachricht ist: Auch ohne Jair Bolsonaro an der Spitze bleibt der Bolsonarismus Brasilien bis auf weiteres erhalten. Die teilweise radikalisierten und bis unter die Zähne bewaffneten Anhänger ihres „Mito“ – übersetzt Mythos, so der Spitzname Bolsonaros im Kreise seiner militanten Gefolgschaft – werden sicher nicht plötzlich verstummen und aus der Gesellschaft verschwinden. Mit einem deutlich nach rechts gerückten Kon-

gress, rechts-konservativen Gouverneuren in den wichtigsten Bundesstaaten und gestärkten Fraktionen der Waffenlobby, Großgrundbesitzer und evangelikalen Pfingstkirchen und einem vom Militär durchsetzen Staatsapparat dürfte es für Lula zudem alles andere als leicht werden, das fünftgrößte Land der Erde, die zweitgrößte Demokratie Amerikas in eine bessere Zukunft zu führen.

Man sieht: Lula und die Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) scheinen nur vordergründig alles richtig gemacht zu haben. Das Minimalziel wurde erreicht. Aber die nach wie vor hohe Zahl von Nichtwählern ist beispielsweise eine Sache, die den Verantwortlichen in der Partei zu denken geben sollte. Bis heute gab es keine Versuche, das Gewesene intern aufzuarbeiten und öffentlich Besserung zu geloben, kein „*mea culpa*“ oder „wir haben verstanden“. Das hat bis heute viele durchaus treue und langjährige PT-Wähler verprellt. Und auch die hohe Zahl der Wählerstimmen, die nötig waren, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine ganze Menge Brasilianer in Lula bestenfalls das kleinere Übel gesehen hatten.

Auf Lula und seine Regierung wartet nun jede Menge Arbeit. Zunächst muss aus der extrem überdehnten Front, die Lula an Unterstützern zusammengesammelt hatte, eine funktionierende Regierung gebildet werden. Von Links bis weit in die Mitte und sogar ins eher rechte Spektrum haben sich Politiker und Parteien hinter den Altmeister gestellt und wollen nun ein Stück vom Kuchen abhaben. Sie werden sich beobachten und belauern. Wie lange ein solches Gebilde halten wird, ist fraglich.

Es hat schon ordentlich an der Basis rumort, als Lula – übrigens aufgrund einer Idee von Fernando Haddad, dem PT-Kandidaten für das Gouverneursamt von Sao Paulo und PT-Präsidentschaftskandidaten 2018 – Geraldo Alckmin zum Vize-Kandidaten ernannte. Alckmin, der 2006 noch selbst gegen Lula in der Stichwahl stand, passt inhaltlich kaum zu Lula. Aber sie ergänzen sich: Alckmin ist ein regierungserfahrener Verwaltungsmann, das Bindeglied zu Oberschicht und Wirtschaft. Wahrscheinlich wird auch Simone Tebet und ihre Partei MDB (Movimento Democrático Brasileiro) mit einem Ministerinnenposten belohnt werden. Jene Partei also, die 2016 Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff die Koalition aufkündigte und mit Michel Temer als Interimspräsident Bolsonaros Aufstieg den Weg ebnete.

Gut möglich, dass die verschiedenen linken bis linksextremen Strömungen innerhalb der PT da Probleme haben werden, sich inhaltlich wiederzufinden. Doch einen Zwei-Fronten-Krieg – einen nach außen und einen nach innen an der Basis, könnte einen Präsidenten Lula aufreiben, der in dieser Amtszeit ohne seine alten engsten Verbündeten in der PT auskommen muss, die ihm viel Arbeit nach innen abnehmen und die Wogen glätteten.

Auch ein Blick auf die Rahmenbedingungen lässt vermuten, dass die kommende Legislaturperiode kein Selbstläufer sein wird. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mau. Diesmal erwartet Lula kein vom Vorgänger gut bestelltes Feld. Vielmehr ein großes Land, das nach jahrelanger Wirtschaftskrise, einer Pandemie, die das Land übler erwischte als die meisten anderen, und bei einem nach wie

vor großen Misstrauen in die Politik und das Funktionieren der Demokratie – Stichwort: Korruption – stark verunsichert ist.

Vielleicht hat Lula Glück, dass die aktuell sich neu sortierende Weltordnung und die Neuorientierung Europas auf der Suche nach zuverlässigen und demokratischen Energielieferanten den Übergang etwas leichter gestalten, als es bisher aussieht. Es wäre nach 2003 der zweite Commodities-Boom, von dem seine Regierung profitieren könnte. Aber wird es abermals reichen, einfach viel Geld in Umverteilungsprozesse zu pumpen? Zumal Bolsonaro in den letzten Zügen seiner Amtszeit dem Staatshaushalt mit seinen „Orcamentos secretos“ (Schatten-Haushalten) eine 60 Milliarden Reais (Brasilianische Währung Real) schwere Hypothek hinterlassen hat.

Und hinter all diesen Fragezeichen steht noch ein weiteres, langfristigeres: Wer soll eigentlich nach vier arbeitsreichen Jahren Lula als Galionsfigur der Linken beerben? Wer hat überhaupt das Zeug, in die übergroßen Fußstapfen des Mannes zu treten, der, mit nun 77 Jahren, seit fast einem halben Jahrhundert die Politik Brasiliens maßgeblich mitprägt?

Und über allem wird der Geist Bolsonaros weiter schweben. Vielleicht nicht in seiner Person. Aber es gibt genügend andere, teilweise noch radikalere, die diese Lücke schließen werden. Lula mag die Wahl gewonnen haben. Gesiegt hat allerdings vorerst der Bolsonarismus.

Lula hat gut daran getan, gleich nach dem Wahlsieg in seiner ersten Rede versöhnliche Töne anzuschlagen. Er muss versuchen, in den kommenden

Jahren so viele Brasilianer wie möglich hinter sich zu scharen. Auch solche, die jetzt noch anders entschieden. Und noch etwas macht Hoffnung: Gleich nach der Entscheidung ließen wichtige Verbündete von Bolsonaro, etwa Parlamentspräsident Arthur Lima oder der Kandidat für das Gouverneursamt in Rio Grando do Sul, Ex-Minister Onxy Lorenzoni, keine Zweifel daran, dass sie das Wahlergebnis akzeptieren werden. Auch aus dem Ausland, allen voran den USA, kamen prompt Glückwünsche. All das setzt Bolsonaro unter Druck ebenfalls das Ergebnis der Wahl anzuerkennen und den Finger vom Abzug zu nehmen.

Andreas Nöthen

Hundert Jahre „Institut für Sozialforschung“

Die Jahre nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland waren durch die „Novemberrevolution“, die Gründung der „Weimarer Republik“, Rechtsputschversuche gegen Republik und Demokratie, Generalstreiks, paramilitärische Mordbanden gegen die Arbeiterbewegung, die teilweise ausländische Besatzung (Rheinland) sowie durch eine extreme politische Polarisierung gekennzeichnet. Auch im kulturellen und intellektuellen Bereich, allerdings mit großem Übergewicht konservativer, reaktionärer und faschistoider Gedankenketzen und Mentalitäten, auch in den Universitäten, seitens der Professoren wie auch der Studenten. Wie in einem solchen Kontext und derart aufgeheiztem Klima eine offiziell anerkannte, einer Universität angegliederte, marxistisch orientierte Forschungs- und Studieneinrichtung – wie das Insti-

tut für Sozialforschung (IfS) im Januar 1923 – sich etablieren konnte, muss rätselhaft wirken, ja fast wie ein kleines Wunder erscheinen.

Ohne zeitliches Zusammentreffen von einer Reihe begünstigender Faktoren objektiver und subjektiver Art wäre das unmöglich gewesen. Mindestens folgende Determinanten waren ausschlaggebend oder wichtig:

- Das Vorhandensein eines reichen Mäzens, der seinen Reichtum zwecks Förderung marxistischer Forschung einzusetzen bereit war. Zentrale Figur war Felix Weil (1898-1975), der als Sohn eines – über den Weizenexport aus Argentinien – zum Multimillionär gewordenen Vaters sich in der Novemberrevolution in Deutschland zu einem überzeugten Sozialisten entwickelt hatte. Der promovierte Ökonom Weil konzipierte in enger Zusammenarbeit mit K. A. Gerlach, einem jungen, sich nach links orientierenden Wirtschaftsprofessors, K. Korsch, einem Juristen und Philosophen sowie auch einem an Marx geschulten Ökonomen, F. Pollock, das Modell eines marxistischen Forschungsinstituts, das der Frankfurter Universität angegliedert, aber in Bezug auf Personalauswahl und Festlegung der Forschungsgebiete völlig autonom gegenüber der Fakultät und Universitätsleitung sein sollte. Nicht nur in Bezug auf die Idee und das Konzept eines IfS, sondern auch hinsichtlich dessen finanzieller Grundlage sowie in der politisch-rechtlichen Durchsetzung dieser Innovation kommt Felix Weil eindeutig die Hauptrolle zu.¹

¹ Siehe hierzu die gerade erschienene, umfangreiche Biographie von Hans-Peter Gruber: „Aus der Art geschlagen.“ Eine politi-

- Das Amtieren einer sozialdemokratischen Kultusbürokratie (Preußen), die dieser Idee – ohne deren Tragweite völlig zu begreifen – nähertreten konnte, um wenigsten ein kleines Gegengewicht gegen die konservative Übermacht an den deutschen Universitäten zu schaffen.

- Das Vorhandensein einer relativ jungen Stiftungsuniversität (1914 gegründet), die vom Geld der Stadt und großen privaten Spendern vor Ort in nennenswertem Maße abhängig war. Darunter war ein großer Anteil jüdischer Mäzene, die in der Regel liberaler und weltoffener dachten als ihre deutsch-christlichen Pendanten. In der Nachkriegssituation und den inflationären Wirren (mit erheblichen Einnahmeverlusten auch für die Universität) konnten sich die Stadtrepräsentanten einem derartigen Angebot kaum entziehen.

- Die Universität sah die Möglichkeit einer räumlichen und sachlichen Erweiterung in einer Phase großer Sparzwänge bei deutlichem Studierendenandrang, wobei sie – angesichts sonstiger positiver Faktoren, wie der ministeriellen Zustimmung zu diesem Projekt – ihr Plazet kaum verweigern konnte, ohne sich selbst zu desavouieren.

- Der personelle Vorschlag zur Leitung des Instituts (zuerst K. A. Gerlach, der sehr jung vor der Amtsübernahme verstarb, dann C. Grünberg), deren wissenschaftliches Renommee hoch war, ohne dass deren linke Einstellung völlig unbekannt gewesen wäre. So wurde Carl Grünberg 1924 der erste Marxist auf einem universitären Lehrstuhl in Deutschland.

Die Hauptarbeitsgebiete sollten sein: Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung, Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Klassenanalyse, besonders Studien über die Arbeiterklasse, Geschichte und Theorie der Arbeiter- und sozialen Bewegungen; auch das Zusammentragen und Edieren der Gesammelten Werke von Marx und Engels war ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt. Mit der Herstellung und Erweiterung internationaler Kontakte, dem Aufbau einer ansehnlichen Bibliothek und der Materialsammlung zu weiteren Arbeitsfeldern sowie wichtigen ersten Publikationen von F. Pollock („Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927“), H. Grossman („Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“) und der umfangreichen Studie K. A. Wittfogels über „Wirtschaft und Gesellschaft Chinas“ konnte sich das IfS rasch einen überregionalen Ruf als linkes Forschungszentrum mit großem politischen Einfluss erwerben.

Mit dem krankheitsbedingten Abtreten Carl Grünbergs und der Installierung von Max Horkheimer als neuen Direktor 1930/31 (der als Philosoph bislang nur in einer lockeren Beziehung zum IfS stand) kam es zu einem deutlichen personellen und inhaltlichen Wandel in der Ausrichtung des IfS. Während Themen der Arbeiterbewegung und der Politischen Ökonomie eher in den Hintergrund traten, wurden nun Philosophie, Psychoanalyse, Kunst- und Kultursoziologie mit neuen Personen (u.a. H. Marcuse, E. Fromm, L. Löwenthal, Th. W. Adorno) im Laufe der folgenden Jahre deutlich stärker bearbeitet.

Das Jahr 1933 bildete natürlich einen tiefen Einschnitt, das IfS emigrierte –

sche Biographie von Felix Weil (1898-1975), Frankfurt/M.-New York 2022.

über die zeitweiligen Zwischenstationen Genf und Paris – 1934 in die USA, wo vielen Angehörigen des Instituts von der Columbia University günstige Arbeitsbedingungen und fast ein gesamtes Gebäude zur Verfügung gestellt wurden. Die 1932 neu gegründete „Zeitschrift für Sozialforschung“ (bis 1941) bildete das breite Forschungsspektrum in auch heute noch lesenswerten Beiträgen ab; dies gilt, obwohl die Terminologie zusehends mehr von marxistischen Begriffen „gereinigt“ wurde, worauf insbesondere Horkheimer immer bestand. Aufgrund finanzieller Engpässe wurde seit Anfang der vierziger Jahre der Mitarbeiterstab drastisch reduziert; viele mussten sich „freischwebend“ versorgen oder, wie Franz Neumann und Otto Kirchheimer, Professuren in den USA besetzen bzw. in den Dienst der US-Regierung treten. Der stark geschmolzene Rest des ehemaligen Instituts begann erst jetzt, ca. 1942 ff. – mit Bekanntwerden des Genozids an den europäischen Juden – mit langfristig angelegten und systematischen Studien über Antisemitismus, Vorurteile und den Charaktertypus der „autoritären Persönlichkeit“.

1951 wurde das neu gebaute Institut in Frankfurt wiedereröffnet, womit eine weitere Phase sowohl in thematischer wie personeller Hinsicht eingeleitet wurde. Mit der seither häufiger gebrauchten Bezeichnung „Frankfurter Schule“ für Mitglieder und Anhänger des IfS deutete sich insofern eine Ambivalenz an, als deren Aktivitäten zwar in der postfaschistischen Bundesrepublik zweifellos aufklärend wirkten, andererseits diese sich in mancherlei Hinsicht von den ursprünglichen Zielsetzungen des IfS weiter entfernten.

Dieter Boris

Brecht und „die Rechten“

Das Feuilleton kennt mehrere Möglichkeiten mit bedeutenden Schriftstellern umzugehen, die sich im 20. Jahrhundert im Umfeld kommunistischer Parteien engagierten: Meist denunziert es sie als ästhetisch schlecht und propagandistisch. Manchmal lobt es ein vermeintlich unpolitisches Frühwerk, auf das dann nichts nennenswertes mehr gefolgt sei. Häufig trennt es den ästhetischen Wert des Werks von den Interventionsabsichten des Autors. Schließlich gibt es noch die Variante, den Schriftsteller selbst als Opportunisten zu enttarnen, dem Politisches gar nicht so wichtig gewesen sei.

An keinem Schriftsteller wurden alle diese Möglichkeiten so exzessiv durchgespielt wie an Bertolt Brecht. Dominierte zu Brechts Lebzeiten – ganz im Zeichen des Kalten Kriegs – die politische Denunziation, setzten sich bald nach seinem Tod die übrigen Varianten durch. Auf die Phase der Boykotte folgte die Integration. Brecht sei ein großer Dichter, habe aber als Mensch versagt, indem er sich mit dem „Totalitarismus“ gemein gemacht (und außerdem seine Mitarbeiter, insbesondere die ihn umgebenden Frauen ausgebeutet) habe. Oder: Brecht war ein Opportunist, der nur deshalb in die DDR gegangen sei, weil er dort ein Theater bekam. Die dortigen politischen Entwicklungen hätten ihn nur insoweit interessiert, als sie für sein Theater nützlich oder schädlich waren. In diese Kerbe schlug erst jüngst wieder ein Artikel des Leiters der Brecht-Forschungsstelle in Augsburg, Jürgen Hillesheim, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5.

September 2022. Diesmal wird die These vom Opportunismus Brechts freilich mit einem neuen Skandalhörtchen untermauert: Brecht habe reihenweise mit „Seilschaften“ alter Nazis fraternisiert, um auch im Westen anzukommen. Genannt werden u.a. Gustaf Gründgens, Brechts Jugendfreund Caspar Neher und der Intendant der Münchner Kammerspiele Hans Schweikart. Sie alle – so Hillesheim – seien tief ins Nazitheater verstrickt gewesen. Brecht habe das nicht gestört, weil sie ihm nützlich waren. Er eigne sich daher nicht zum „Kommunistischen Säulenheiligen“ (was immer das auch sein mag).

Dass Brecht Gründgens am 18. Januar 1949 einen Brief schrieb, in dem er ihn aufforderte die „Heilige Johanna der Schlachthöfe“ uraufzuführen, ist weithin bekannt (vgl. Berliner und Frankfurter Ausgabe Bd. 29, S. 487). Dass Schweikart, neben Harry Buckwitz in Frankfurt, ein wichtiger Verbündeter Brechts während des Boykotts der fünfziger Jahre gewesen ist, ebenfalls. Viel Neues findet man bei Hillesheim nicht. Auffallend ist eher, was alles keine Erwähnung findet: So fehlt jeder Rekurs auf Arnolt Bronnen, der wie kaum ein anderer Freund Brechts schon in den 20er Jahren nach rechts driftete, Kontakt zu Ernst Jünger und schließlich zu Goebbels hielt, später jedoch in Ungnade fiel und 1956 in die DDR übersiedelte. Auch der Brief, in dem Brecht am 17. Januar 1956 dem Schriftsteller und einstigen Rechtsterroristen Ernst von Salomon ein Gespräch anbietet, wird nicht erwähnt (vgl. Berliner und Frankfurter Ausgabe Bd. 30, S. 415). Auffallend ist, dass Hillesheim es gänzlich unterlässt, Widersprüche und Ambivalenzen in den

Biographien der genannten Unterstützer Brechts zu thematisieren. Dass sich etwa Gustaf Gründgens in der Nazizeit für Ernst Busch eingesetzt und dem in Gestapohaft Sitzenden durch seine Interventionen vermutlich das Leben gerettet hatte; dass an seinem Theater auch Theo Lingen, der Ehemann von Brechts Exfrau Margarethe Zoff und Ziehvater von Brechts Tochter Hanne Hiob, Unterschlupf fand, wird bei Hillesheim nicht erwähnt – dürfte aber für Brechts Vertrauen in Gründgens eine durchaus nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.

Hillesheims Text ist merkwürdig perspektivlos geschrieben. Ist er eine Anklage oder ein Vereinnahmungsversuch? Will Hillesheim die „Linken“ davor warnen, falschen Heiligen zu huldigen? Soll Brecht denunziert werden als jemand, der in einer spezifischen Situation auch mit (ehemaligen) Rechten redete? Findet Hillesheim Brechts Kontakte gut oder schlecht? Letztlich verschenkt er alle intellektuellensoziologischen Erkenntnisse, die an seinem Thema spannend wären: Erstens, dass es im westdeutschen Kulturbetrieb tatsächlich viele personelle Kontinuitäten gab, die zum Ausgangspunkt einer kritischen Diskussion über diesen Betrieb taugen würden; zweitens, dass Brecht seinen Zeitgenossen Lernprozesse durchaus zutraute und gerade jenen, die er noch aus den 20er Jahren kannte, die Chance nicht nehmen wollte, mit ihren Positionen zu brechen und neu zu beginnen. Gerade dies zeugt übrigens von einem klaren eigenen Standpunkt Brechts. Hillesheims Standpunkt hingegen bleibt unbestimmt.

David Salomon